

## **UNTERRICHTUNG**

**durch den Landesbeauftragten Mecklenburg-Vorpommern für die Unterlagen  
des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR**

**Jahresbericht 2007**

<b>Inhaltsverzeichnis</b>	<b>Seite</b>
1. Einleitung	3
2. Nachrichten aus der Geschäftsstelle des Landesbeauftragten	5
3. Beratung nach Stasi-Unterlagen-Gesetz Mecklenburg-Vorpommern	6
3.1 Psychosoziale Beratung	6
3.2 Akteneinsicht	7
3.3 Rehabilitierungen und Entschädigungsleistungen	8
3.4 Stiftung für ehemalige politische Häftlinge	10
3.5 Gesundheitliche Folgeschäden politischer Verfolgung	11
3.6 Beratung öffentlicher und nichtöffentlicher Stellen	11
4. Historisch-politische Aufarbeitung	12
4.1 Ausstellungen des Landesbeauftragten	12
4.2 Veranstaltungen des Landesbeauftragten 2007	13
4.3 Ehemalige MfS - U-Haftanstalt Neustrelitz Töpferstraße	17
4.4 Projekt „Deutsch-deutsche Filmwelten“ in Neubrandenburg	18
4.5 Projekt „Neugestaltung der Gedenkstätte am Elbberg“ in Boizenburg	18
4.6 „Grenzturm Kühlungsborn“	18
4.7 Gedenkstätte zu Ostseeflüchteten in Stralsund	19
4.8 Geschichtskoffer: DDR-Lebensläufe aus Mecklenburg-Vorpommern	19
4.9 Elfter Kongress der Landesbeauftragten und der Stiftung Aufarbeitung	20
4.10 Großes Bürgerfest zum Tag der Deutschen Einheit in Schwerin	20
4.11 Häftlingstreffen in Bützow	21
5. Zusammenarbeit	21
5.1 Konferenz der Landesbeauftragten	21
5.2 Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen	22
5.3 Beiratsmitglied des Landes im Beirat der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen	22
5.4 Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Berlin	22
5.5 Landeszentrale für politische Bildung	23
5.6 Opferverbände und Aufarbeitungsinitiativen	23

## 1. Einleitung

Siebzehn Jahre mussten nach der friedlichen Revolution vergehen, bis der Deutsche Bundestag mit dem 3. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz die rechtlichen Voraussetzungen für eine Opferrente für ehemalige politische Häftlinge geschaffen hat und die Betroffenen endlich in den Genuss einer monatlichen Unterstützungsleistung gelangen konnten. Viele hatten die Hoffnung inzwischen aufgegeben, dass die Bundesrepublik Deutschland sich noch einmal zu einer solchen Regelung würde durchringen können. Sehr viele Betroffene sind in dem langen Zeitraum bis dahin verstorben und ihre Angehörigen haben keinen Anspruch auf diese Rente. Die gefundenen Regelungen haben auch gleich massive Kritik auf sich gezogen. So ist den ehemaligen politischen Gefangenen nicht zu vermitteln, warum man mindestens sechs Monate inhaftiert gewesen sein muss, um in den Genuss der Rente zu kommen. Unverständlich blieb auch die Bindung der Auszahlung dieser „Ehrenrente“ - wie sie von den Betroffenen gesehen wird - an Einkommensgrenzen.

So hatte es vor Inkrafttreten des Gesetzes am 28. August 2007 heftige Debatten um die Ausformulierung dieses Gesetzes gegeben. Dies betraf vor allem die Frage der Zugangskriterien zu der Rente und natürlich die Frage, welche Höhe der Zahlung angemessen sein könnte. Die monatelange Verschleppung des Gesetzgebungsverfahrens sorgte in seiner Endphase für zusätzlichen Unmut, der sich dann in der nicht gerade reibungslosen verwaltungsmäßigen Umsetzung der neuen Regelungen in den Ländern verstärkte. Am Ende des Jahres 2007 überwog bei den Betroffenen die Zufriedenheit darüber, dass endlich überhaupt eine Regelung gefunden wurde. Dennoch zeigte das Thema aber signifikant, dass es unserer auf Freiheit ausgerichteten Demokratie daran mangelt, die Würde der Opfer politischer Verfolgung mit angemessenen Mitteln wiederherzustellen und die Schicksale dieser Menschen in den Mittelpunkt unserer Bemühungen um Gerechtigkeit in der Gesellschaft zu stellen.

Der Landesbeauftragte hatte sich seit vielen Jahren gemeinsam mit den Betroffenenverbänden aus Mecklenburg-Vorpommern für die Einrichtung einer Opferrente engagiert und dazu den Fraktionen des Deutschen Bundestages etliche Vorschläge unterbreitet. Mehrfach waren der Landesbeauftragte und seine Mitarbeiter zu Beratungen nach Berlin eingeladen, um im Gesetzgebungsverfahren fachlich Stellung zu nehmen.

Die Verabschiedung des 3. SED-Unrechtsbereinigungsgesetzes brachte für den Landesbeauftragten noch weitere Erkenntnisse mit sich. Deutlich wurde, dass in Mecklenburg-Vorpommern eine relativ hohe Anzahl ehemaliger politischer Verfolgter lebt, die noch nicht einmal eine strafrechtliche Rehabilitierung beantragt hatten. Da die Auszahlung der Opferrente an das Vorliegen der Rehabilitierung geknüpft ist, mussten zahlreiche neue Rehabilitierungsanträge gestellt werden. Die Zahl der Beratungsanfragen an den Landesbeauftragten schnellte in wenigen Wochen in die Höhe und verdoppelte sich 2007 im Vergleich zu den Vorjahren. Der Landesbeauftragte musste das Sachgebiet Beratung in der Behörde personell verstärken, um den zahlreichen neuen Anfragen überhaupt entsprechen zu können. Dank zusätzlich bereit gestellter Mittel der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur war dies kurzfristig möglich.

Die Aufarbeitung der SED-Diktatur beschränkte sich im Berichtszeitraum aber nicht auf das Thema Opferrente. Auch die Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, Marianne Birthler, meldete für das Jahr 2007 einen neuen Rekord bei der Zahl der Antragsteller auf persönliche Akteneinsicht. Mehr als 100.000 neue Anträge wurden gestellt. Diese Zahl war zuletzt 2001 erreicht worden. Auch das ist ein Indiz dafür, dass es für jede Schlussstrichdebatte zu früh ist und dass die DDR-Aufarbeitung immer noch für viele ein sehr gegenwärtiges Thema ist. Der hier vorgelegte Bericht bestätigt diese Entwicklungen auch für unser Bundesland.

In den Berichtszeitraum fällt auch die erste positive Bilanz über die neuen Möglichkeiten und Veränderungen, die sich gerade für Forscher durch die 7. Novelle des Stasi-Unterlagen-Gesetzes von Ende 2006 ergeben haben. Die Nutzungsmöglichkeiten der Stasiakten haben sich für Antragsteller aus diesem Bereich verbessert. Leider können Forscher gerade in einigen Außenstellen der Bundesbehörde von diesen Regelungen kaum profitieren, da durch die personellen Engpässe bei der Antragsvorbereitung immer noch viel zu lange Wartezeiten bestehen. Im letzten Tätigkeitsbericht wurde zu den Inhalten der 7. Novellierung mehr ausgeführt.

Dem starken Gewicht und dem großen Interesse an persönlicher Aufarbeitung steht eine andere Entwicklung diametral entgegen: es ist die eklatante Zunahme des Unwissens gerade der jüngeren Generation über die Geschichte der DDR und des geteilten Deutschlands nach 1945 und über die Verfasstheit unserer parlamentarischen Demokratie heute. Noch dramatischer als das weit verbreitete Unwissen stellt sich jedoch das oberflächliche Reflektieren über die Vergangenheit dar, das mitunter zu nostalgischen Verklärungen der DDR- und auch der bundesrepublikanischen Gesellschaft vor 1990 führt. Will man der gefährlichen Entwicklung hin zu einer geschichtslosen Generation entgegentreten, bedarf es enormer grundlegender Investitionen in politische Bildung und historische Aufklärung. In diese Bemühungen müssen Schule und Universitäten genau so einbezogen werden wie Elternhäuser und Kirchen. Eine Generation ohne historisch-politische und ethische Grundlagenbildung wird auch Politik nur noch in extremen Positionen überhaupt wahrnehmen. Kurzlebige Projekte und jede Form eines Aktionismus in der politischen Bildung können nur Mittel der Ergänzung sein, sie können nicht den Mangel an Grundlagenbildung ersetzen und sind insofern in ihrer Langzeitwirkung zu hinterfragen.

Der Landesbeauftragte und seine Mitarbeiter haben sich auch auf diesem Hintergrund im Berichtszeitraum weiter darum bemüht, historisch-politische Grundlagenbildung vor allem in Schulen durchzuführen. Das 1999 begonnene Projekt „Die DDR im Schulunterricht“ wurde weitergeführt. Die Formen der thematischen Unterrichtsangebote wurden erweitert durch kleine Ausstellungen und durch szenische Darstellungen in Theateraufführungen, sowie durch die Arbeit mit einer „multimedialen Geschichtswerkstatt“ (CD-Rom), die inzwischen als modernes Arbeitsmittel erstellt und zum Einsatz gebracht werden konnte.

Gerade vor dem Hintergrund dieser Defizite hatte sich die Koalition in Mecklenburg-Vorpommern darauf verständigt, die Neuordnung der politischen Bildung im Land voranzutreiben. Gemäß Koalitionsvereinbarung sollten dazu auch die staatlichen Institutionen, die sich in Mecklenburg-Vorpommern mit politischer Bildung und historischer Aufarbeitung befassen sowie die Landesgedenkstättenförderung im zuständigen Fachministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur zusammengefasst werden. Im Frühjahr 2007 wurden die Landeszentrale für politische Bildung sowie die Dienststelle des Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen in das Bildungsministerium überführt.

Für die Dienststelle des Landesbeauftragten musste dazu das Stasi-Unterlagen-Ausführungsgesetz des Landes Mecklenburg-Vorpommern geändert werden. Dies geschah durch den Landtag im Mai des Jahres. Damit ging die Dienst- und Rechtsaufsicht vom Justizministerium des Landes auf das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur über.

Durch diese Entscheidung wurden langfristig wesentliche und gute Voraussetzungen für eine effektive Verwaltungszusammenarbeit aller beteiligten Institutionen geschaffen. Zugleich bestehen nunmehr endlich auch neue Möglichkeiten für eine enge inhaltliche Abstimmung und Zusammenarbeit vor allem mit der Landeszentrale für politische Bildung, für die sich der Landesbeauftragte seit vielen Jahren immer wieder eingesetzt hatte.

## **2. Nachrichten aus der Geschäftsstelle**

Von der Überleitung der Dienststelle des Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen aus dem Geschäftsbereich des Justiz- in den Geschäftsbereich des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur wurde bereits in der Einleitung berichtet. Die Änderung des Gesetzes wurde am 14. Mai 2007 beschlossen und im Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 9 am 23. Mai 2007, Seiten 183 bis 184 veröffentlicht.

An dieser Stelle sei dem Justizministerium Mecklenburg-Vorpommern noch einmal ausdrücklich für die verlässliche und vertrauensvolle Zusammenarbeit bei gleichzeitig voller Respektierung der Unabhängigkeit des Amtes über den langen Zeitraum seit 1993 gedankt.

Insbesondere bei der Bewältigung des Themas „Opferrente“ sowie bei den fortgesetzten Bemühungen um eine Verstärkung der politischen Bildung in der gesamten Fläche des Landes wurde 2007 die zu geringe Personalausstattung der Behörde des Landesbeauftragten wieder als Problem erkennbar. Nur insgesamt vier Mitarbeiter stehen der Behörde für die Wahrnehmung aller Aufgaben zur Verfügung. Immer noch fehlt eine eigenständige Sachbearbeiterstelle für den Haushalt. Die Aufgaben bei der Haushaltsbearbeitung haben überproportional zugenommen, nicht nur wegen der starken Nachfrage nach den inzwischen etwa 35 Publikationen der Behörde, die verpackt, verschickt, berechnet und abgerechnet werden müssen. Auch die eigenständige Haushaltsführung der Behörde nach Profiskal verlangt hohe Kenntnisse, für die keine Sachbearbeiterstelle zur Verfügung steht. Auf dieses Problem wurde bereits in früheren Tätigkeitsberichten hingewiesen. Die Arbeit wird seit Jahren sehr zuverlässig durch die Vorzimmerkraft wahrgenommen.

Im Herbst 2007 wurde der bisherige Stellvertreter des Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen vom Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur zum Direktor der Landeszentrale für politische Bildung berufen. Ab November 2007 wurde der für die Bürgerberatung zuständigen Mitarbeiterin der Behörde des Landesbeauftragten kommissarisch die Funktion der Stellvertreterin des Landesbeauftragten übertragen.

Diese insgesamt sehr erfreulichen personellen Veränderungen bedeuteten für die Behörde im Berichtszeitraum letztlich aber eine personelle Unterbesetzung, die von den anderen Mitarbeitern zusätzlich kompensiert werden musste.

Die Abordnung einer Referentin der Landeszentrale für politische Bildung zum Landesbeauftragten wurde auch im Berichtszeitraum 2007 aufrechterhalten. Sie übernahm zusätzliche Aufgaben im Bereich historisch-politische Aufarbeitung und betreute insbesondere die drei Wanderausstellungen der Behörde.

Dank zusätzlich bei der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur eingeworbener Mittel konnte eine zeitweilige personelle Verstärkung des Sachgebietes Bürgerberatung erreicht werden.

Die Präsenzbibliothek in den Geschäftsräumen des Landesbeauftragten wurde 2007 weiter ausgebaut und relativ gut auch durch Dritte genutzt. Die digitale Zugriffsfähigkeit der Bestände sowie eine Verschlagwortung zur besseren Recherche wurden 2007 erheblich erweitert. Dazu war zeitweilig eine Fachkraft eingestellt.

Der Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen wurde vom Landtag Mecklenburg-Vorpommern erneut in die Kommission nach § 48 Abgeordnetengesetz (Überprüfung der Abgeordneten auf frühere Tätigkeit für das MfS) gewählt.

In Ziffer 207 der Koalitionsvereinbarung vom 6. November 2006 haben sich die Regierungsparteien in Mecklenburg-Vorpommern darauf verständigt, demokratisches Verhalten, bürgerschaftliches Engagement, Toleranz und Weltoffenheit zu fördern. Dazu sollen die Bundes- und Landesprogramme weitergeführt, verbessert, begleitet und gebündelt werden. Regionalzentren für demokratische Kultur sollen geschaffen werden.

Zu diesem Zweck setzte die Landesregierung eine Interministerielle Arbeitsgruppe (IMAG) ein. Auch der Landesbeauftragte wurde gebeten, in dieser Arbeitsgruppe mitzuarbeiten und nahm an den Sitzungen im Berichtszeitraum 2007 teil.

Die IMAG befasste sich inhaltlich 2007 zunächst mit dem von den Universitäten Greifswald und Rostock vorgelegten Teilgutachten zur Einrichtung von „Regionalzentren für demokratische Kultur“. Danach standen die Gründung der fünf Regionalzentren und deren fachliche Begleitung sowie Finanzierungsfragen der Förderung der demokratischen Kultur in Mecklenburg-Vorpommern im Mittelpunkt der Arbeit der IMAG.

### **3. Beratung nach Stasi-Unterlagen-Ausführungsgesetz Mecklenburg-Vorpommern**

#### **3.1 Psychosoziale Beratung**

Im Berichtsjahr 2007 erlebte die Geschäftsstelle des Landesbeauftragten einen regelrechten Ansturm von Ratsuchenden. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Zahl der Beratungsanfragen nahezu verdoppelt. Bedingt durch das im Jahr 2007 verabschiedete Gesetz über die „Besondere Zuwendung für Haftopfer“ (Gesetz zur sogenannten Opferrente) und durch die verstärkte Berichterstattung in den Medien über dieses Gesetz wandten sich 2007 1.148 Personen mit ihren Fragen und der Bitte um Unterstützung an den Landesbeauftragten. Von insgesamt 780 neuen Anfragen bezogen sich 423 auf die Akteneinsichtsverfahren bei der Behörde der Bundesbeauftragten. 357 Beratungsfälle betrafen Anfragen zur Opferrente, zu Rehabilitierungsverfahren und persönlichen Konfliktsituationen. Hinzu kamen 368 längerfristige Beratungsfälle, das heißt, Bürgerinnen und Bürger, die zum Teil über mehrere Jahre durch den Landesbeauftragten betreut werden.

### 3.2 Akteneinsicht

Steigende Antragszahlen sind auch bei den drei Außenstellen der Behörde der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen in Mecklenburg-Vorpommern zu verzeichnen. Viele Bürgerinnen und Bürger beantragten erstmals die Akteneinsicht oder stellten einen Wiederholungsantrag.

**Tabelle 1: Antragszahlen in den Außenstellen der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen in Mecklenburg-Vorpommern im Jahr 2007**  
(nachrichtlich, ohne Anträge auf Decknamenentschlüsselung und Kopien)

Außenstelle	Erstanträge	Wiederholungsanträge	Anträge gesamt
Schwerin	1.796	553	2.349
Rostock	2.547	934	3.481
Neubrandenburg	1.486	524	2.010

Nach erfolgter Einsicht in die Stasi-Unterlagen besteht für die Antragsteller die Möglichkeit, eine Decknamenentschlüsselung zu beantragen. Das bedeutet, die Decknamen der in den Akten benannten inoffiziellen Mitarbeiter, die in den Stasi-Akten nur mit einem IM-Namen erscheinen, entschlüsseln zu lassen. In der Außenstelle Schwerin der Bundesbeauftragten wurden im Berichtsjahr 1043 Anträge auf Decknamenentschlüsselung gestellt, in Rostock 756 und in Neubrandenburg 331.

Mit ihren Fragen zur Akteneinsicht, zu möglichen Rehabilitierungsverfahren, zur Opferrente oder auch bei allgemeinem Gesprächsbedarf zum Thema DDR-Vergangenheit und Staatssicherheit können die Bürgerinnen und Bürger sich jederzeit an die Geschäftsstelle des Landesbeauftragten in Schwerin wenden. Fester Bestandteil des Beratungsangebotes des Landesbeauftragten sind die regelmäßigen Beratungstage einmal im Monat in Rostock. Darüber hinaus werden an verschiedenen Orten im Land externe Beratungstage angeboten. 321 Besucher nutzten 2007 die Möglichkeit der externen Beratungstage, um Akteneinsichtsanträge zu stellen oder sich über Rehabilitierungsleistungen sowie die Beantragung der Opferrente beraten zu lassen.

**Tabelle 2: Externe Bürgersprechtage 2007**

Ort	Datum	Zahl der Ratsuchenden
Pasewalk (gemeinsam mit BStU Neubrandenburg)	6. Februar 2007	159
Torgelow (gemeinsam mit BStU Neubrandenburg)	6. März 2007	92
Gnoien (gemeinsam mit BStU Neubrandenburg)	15. Mai 2007	22
Greifswald	14. November 2007	24
Penzlin (gemeinsam mit BStU Neubrandenburg)	20. November 2007	8
Lübeck	27. November 2007	16

### 3.3 Rehabilitierungen und Entschädigungsleistungen

Im Berichtszeitraum Januar bis Dezember 2007 wurden 205 Anträge auf Zahlung der Kapitalentschädigung nach erfolgter strafrechtlicher Rehabilitierung neu gestellt. Insgesamt sind seit Inkrafttreten des Ersten SED-Unrechtsbereinigungsgesetzes 1994 bis Ende 2007 beim Amt für Rehabilitierung und Wiedergutmachung in Mecklenburg-Vorpommern 11.765 Anträge von zu Unrecht Verurteilten gestellt worden. Zum Wirkungsbereich des zweiten SED-Unrechtsbereinigungsgesetzes wurden bis Dezember 2007 insgesamt 16.603 Anträge gestellt. Davon betrafen 5.183 Anträge die verwaltungsrechtliche Rehabilitierung und 11.420 Anträge die berufliche Rehabilitierung. 11.587 Bescheide wurden erteilt, darunter waren 6.858 Bewilligungen (davon wiederum 1.605 Bescheide mit Teilerablehnung). 4.729 Anträge wurden gänzlich abgelehnt. Im Dezember 2007 waren 491 Anträge noch nicht abschließend bearbeitet.

#### **Drittes Gesetz zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR, die „Besondere Zuwendung für Haftopfer“ (sogenannte Opferrente) nach § 17a des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes**

Seit der Ersten Lesung am 29. März 2007 des von den Regierungsfractionen von CDU/CSU und SPD in den Bundestag eingebrachten Gesetzentwurfs über ein „Drittes Gesetz zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR“ konnte die Geschäftsstelle des Landesbeauftragten ein wachsendes öffentliches Interesse an den geplanten Regelungen über eine besondere Zuwendung für Haftopfer sowie an der Verlängerung der Antragsfristen für die Rehabilitierungsgesetze von DDR-Unrecht verzeichnen.

Das Gesetzgebungsverfahren zog sich vom Beschluss im Bundestag am 13. Juni 2007, die Zustimmung des Bundesrats am 6. Juli 2007 bis zum Inkrafttreten mit Erscheinen im Bundesgesetzblatt am 28. August 2007 in die Länge. Das hatte zur Folge, dass die Geschäftsstelle des Landesbeauftragten eine Vielzahl von Anfragen zum Zwischenstand und zum „richtigen“ Zeitpunkt der Beantragung zu beantworten hatte.

Der Landesbeauftragte und seine Mitarbeiter hatten wegen des noch ungeklärten Antragsverfahrens schon im Vorfeld den potenziellen Antragsberechtigten empfohlen, sofort nach Inkrafttreten des Gesetzes zunächst einen formlosen Antrag an das Justizministerium Mecklenburg-Vorpommern zu stellen, so in einem Beitrag am 5. Juli 2007 in der Schweriner Volkszeitung, in einer Pressemitteilung des Landesbeauftragten vom 29. August 2007 wie auch am gleichen und am Folgetag in verschiedenen Tageszeitungen.

Etwa 700 Antragsteller hatten nach Aussage des Justizministeriums Mecklenburg-Vorpommern schon vor Verkündung des Gesetzes einen formlosen Antrag eingereicht.

Den Antragstellern standen nur wenige Tage zur Verfügung, um von der Verkündung des Gesetzes am 28. August 2007 bereits für den Folgemonat September 2007 die sogenannte Opferrente zu beantragen.

Die Geschäftsstelle des Landesbeauftragten hat formlose Anträge selbst entgegengenommen und weitergeleitet. Diese Praxis wurde im „Ergebnisprotokoll der Bund-Länder-Besprechung zu Fragen der Durchführung des geänderten Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes“ vom 4. September 2007 ausdrücklich bestätigt, denn „für den Zahlungsbeginn (in dem auf Antragstellung folgenden Monat) ist auch der Eingang bei einer unzuständigen Behörde maßgebend“.

Die Geschäftsstelle des Landesbeauftragten verzeichnete bereits in den Monaten vor der Verkündung des Gesetzes eine immens erhöhte Nachfrage nach Beratungsleistungen im Zusammenhang mit der Besonderen Zuwendung für Haftopfer. Das steigerte sich noch in den Monaten von September bis Dezember 2007. Über mehrere Wochen waren in der Regel ein bis zwei Mitarbeiter der Behörde ausschließlich mit der Entgegennahme von Telefonaten und Gesprächen gebunden und beantworteten die Fragen der Antragsteller zum Thema Opferrente. Standen zunächst Fragen nach den gesetzlichen Kriterien und dem Kreis der Anspruchsberechtigten, nach der Wahrung der Fristen, der formlosen Beantragung, den zuständigen Behörden und der Versendung von Antragsformularen im Mittelpunkt, so wurde im Verlauf zum Jahresende 2007 die qualifizierte Beratung für die eigentliche Antragstellung zum Schwerpunkt der Beratungstätigkeit. Neben der Hilfestellung beim Ausfüllen der Formulare waren Kopien notwendiger Dokumente auszuwählen bzw. anzufertigen. Besondere Schwierigkeiten bereitete der Einkommensnachweis, wenn Antragsteller noch beruflich tätig waren, insbesondere Unklarheiten für den Nachweis von selbstständigen Tätigkeiten.

In vielen Fällen stellte sich auch heraus, dass etliche Antragsteller von den Möglichkeiten der Rehabilitierungsgesetze erst durch die öffentliche Diskussion über die Opferrente Kenntnis erlangten. Daher musste für etliche Antragsteller erst eine strafrechtliche Rehabilitierung als Voraussetzung für Gewährung der Besonderen Zuwendung beantragt werden.

Viele Antragsteller, die sich seit ihrer strafrechtlichen Rehabilitierung nicht mehr oder nur wenig mit dem ihnen zugefügten Unrecht und den daraus resultierenden psychischen Folgen auseinandergesetzt hatten, zeigten während zeitintensiver Beratungsgespräche das Bedürfnis, sich mit ihren persönlichen Erfahrungen auszusprechen.

Nachdem die Justizministerin des Landes Mecklenburg-Vorpommern am 11. Oktober 2007 mitteilte, dass die ersten positiven Bescheide über die Gewährung der Besonderen Zuwendung erlassen worden seien, mehrten sich Anfang Dezember in der Geschäftsstelle des Landesbeauftragten kritische Anfragen von Antragstellern, die auf die Auszahlung der besonderen Zuwendung warteten. In diesem Zusammenhang stellte sich durch Presseveröffentlichungen heraus, dass Mecklenburg-Vorpommern im Dezember mit der Bewilligung von erst 50 Anträgen gegenüber dem Bearbeitungsstand in den anderen neuen Ländern weit ins Hintertreffen geraten war.

Der Landesbeauftragte suchte am 11. Dezember 2007 das Gespräch mit den Verantwortlichen im Justizministerium über die aufgeworfenen Probleme.

Am 20. Dezember 2007 lud der Staatssekretär im Justizministerium die Vertreter der Aufarbeitungsinitiativen und Opferverbände des Landes zum Gespräch und stellte eine personelle Verstärkung bei der Bearbeitung der Anträge in Aussicht. Zwischen dem Justizministerium und dem Landesbeauftragten wurde eine enge Abstimmung zur Regelung von problematischen Einzelfällen vereinbart und auch durchgeführt.

So sollten die Anträge von Betroffenen mit hohem Alter, besonderer Bedürftigkeit oder schwerer Krankheit bei der Bescheiderteilung beschleunigt bearbeitet werden. Dies vor allem vor dem Hintergrund, dass, wenn noch kein Bescheid erteilt wurde, der Anspruch auf die Nachzahlung der Opferrente mit dem Tod des Antragstellers verfällt, da die Opferrente nicht vererbbar ist.

Ein besonderes Licht auf die Unzulänglichkeiten der gesetzlichen Regelung, die vom Landesbeauftragten schon im Gesetzgebungsverfahren kritisiert wurden, zeigt der Fall eines Antragstellers, der aus politischen Gründen in der DDR zu 6 Monaten Haft verurteilt, dann aber vorzeitig entlassen wurde und damit nach den gesetzlichen Kriterien keinen Anspruch auf die Besondere Zuwendung hat. Dies ist für viele auch deswegen unverständlich, weil die Regelung des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes für die Kapitalentschädigung für zu Unrecht erlittene Haft jeden angefangenen Kalendermonat berücksichtigt.

*Herr D. war in der DDR aus politischen Gründen inhaftiert. Er wurde für die Haftzeit vom 8. Februar 1966 bis zum 4. August 1966 strafrechtlich rehabilitiert und erhielt die Kapitalentschädigung für sieben Monate ausgezahlt. Als er nun die Opferrente beantragte, musste dieser Antrag abgelehnt werden, da er „nur“ fünf Monate und 27 Tage inhaftiert war und damit nicht die Voraussetzungen mit dem im § 17 a Abs. 1 StrRehaG festgelegten Zeitraum von mindestens sechs Monaten erfüllte.*

Der Landesbeauftragte spricht sich für eine Novellierung des Gesetzes auch hinsichtlich einer Härtefallregelung aus.

Mit Stichtag 31. Dezember 2007 waren im Justizministerium Mecklenburg-Vorpommern 4225 Anträge auf Gewährung der Besonderen Zuwendung für Haftopfer eingegangen. Bis zum Jahresende 2007 wurde für 431 Antragsteller die Zuwendung bewilligt.

### 3.4 Stiftung für ehemalige politische Häftlinge

Ehemalige politische Häftlinge, die strafrechtlich rehabilitiert wurden oder eine Anerkennung nach dem Häftlingshilfegesetz haben, können bei der Bonner Stiftung für ehemalige politische Häftlinge Unterstützungsleistungen beantragen. Seit Jahren steigt die Zahl der Betroffenen, die diese Möglichkeit in Anspruch nehmen. Der Landesbeauftragte weist in Beratungsgesprächen und Presseveröffentlichungen immer wieder auf diese Möglichkeit hin. Die Erhöhung der Antragzahlen hängt aber auch mit der steigenden Zahl der ehemaligen politischen Häftlinge zusammen, die sich in einer wirtschaftlich schwierigen Lage befinden. Mit Inkrafttreten des Dritten Gesetzes zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR (Opferrente) können nur noch die ehemaligen politischen Häftlingen einen Antrag auf Unterstützungsleistungen stellen, die weniger als sechs Monate inhaftiert waren.

**Tabelle 3: Anträge an die Stiftung für ehemalige politische Häftlinge und gewährte Unterstützungsleistungen nach Vorlage einer Bescheinigung nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz**

Jahr	Bund		Mecklenburg-Vorpommern	
	bewilligte Anträge	bewilligte Summe	bewilligte Anträge	bewilligte Summe
2007	5.883	11.612.700,00 €	426	854.150 €
2006	6.347	11.779.950,00 €	416	809.250 €
2005	5.513	10.167.500,00 €	395	840.050 €
2004	5.352	10.496.900,00 €	352	777.400 €
2003	5.617	11.652.350,00 €	369	842.150 €
2002	5.271	13.172.514,50 €	359	974.450 €
2001	4.001	19.996.206,00 DM	222	1.222.100 DM
2000	3.307	17.342.500,00 DM	202	1.170.400 DM
1999	2.316	11.000.000,00 DM	94	453.200 DM

**Tabelle 4: Anträge an die Stiftung für ehemalige politische Häftlinge und gewährte Unterstützungsleistungen nach Vorlage einer Bescheinigung nach dem Häftlingshilfegesetz (HHG)\***

Jahr	Bund	
	bewilligte Anträge	bewilligte Summe
2007	1264	1.249.700 €
2006	1.571	1.500.950 €
2005	1.711	1.978.600 €
2004	1.765	3.650.050 €
2003	1.513	2.544.300 €
2002	1.557	3.153.700 €
2001	945	2.999.700 DM
2000	514	1.499.900 DM
1999	428	835.900 DM

\* Keine Aufschlüsselung nach Ländern verfügbar

### 3.5 Gesundheitliche Folgeschäden politischer Verfolgung

Bis zum Ende des Jahres 2007 wurden in Mecklenburg-Vorpommern bei den zuständigen Versorgungsämtern in Schwerin, Rostock, Neubrandenburg und Stralsund insgesamt 798 Anträge auf Anerkennung verfolgungsbedingter Gesundheitsschäden gestellt. In lediglich 91 Fällen erfolgte eine Anerkennung von verfolgungsbedingten Gesundheitsschäden von über 25 % Minderung der Erwerbsfähigkeit und damit eine zusätzliche Versorgung nach dem Bundesversorgungsgesetz. Die niedrige Quote der Anerkennung gesundheitlicher Folgeschäden durch die Versorgungsämter steht im Widerspruch zu den in der Beratungsarbeit gemachten Erfahrungen des Landesbeauftragten. Seit Jahren fordert der Landesbeauftragte eine Vereinfachung des Anerkennungsverfahrens und eine Änderung der gesetzlichen Regelungen. Beweislastumkehr und die Anwendung der Regelung des Bundesentschädigungsgesetzes mit der Tatsachenvermutung, dass politisch bedingte Haft in der DDR von mindestens einem Jahr zu einer Minderung der Erwerbsfähigkeit von 25 % geführt hat, sind seit Jahren in der Diskussion. Eine entsprechende Gesetzesnovellierung ist bisher nicht erfolgt.

### 3.6 Beratung öffentlicher und nichtöffentlicher Stellen

Zu Fragen in Überprüfungsverfahren oder mit Anfragen zu Akteneinsichtsverfahren wandten sich im Berichtszeitraum verschiedene öffentliche und nichtöffentliche Stellen an den Landesbeauftragten. Durch die Novellierung des Stasi-Unterlagengesetzes ist eine Überprüfung von Personen im Öffentlichen Dienst auf eine frühere inoffizielle oder hauptamtliche Tätigkeit für das Ministerium für Staatssicherheit nur noch möglich, wenn sie in gesellschaftlich oder politisch herausgehobenen Positionen tätig sind. Diesen Punkt betrafen auch zwei Anfragen aus den Personalstellen von zwei Ministerien des Landes. Sechs Anfragen betrafen die Überprüfung von Stadtvertretern und Gemeindevetretern. Die fachliche Beratung durch den Landesbeauftragten wurde weiterhin von mehreren Rechtsanwälten in Rehabilitierungsverfahren, einem Personalratsvertreter sowie einem Verein in Anspruch genommen.

Mit einer besonderen Anfrage wandte sich Mitarbeiter einer Personalstelle einer öffentlichen Einrichtung an den Landesbeauftragten. Hier sollte die Einstellung eines Bewerbers erfolgen, eine Überprüfung kann aber nach dem Stasi-Unterlagengesetz nicht mehr erfolgen. Bei dem Bewerber ist aber bekannt, dass er vor einigen Jahren auf Grund seiner IM-Tätigkeit aus dem Öffentlichen Dienst entlassen wurde. Über den Umgang mit dieser Thematik gab es großen Gesprächsbedarf.

#### **4. Historisch-politische Aufarbeitung**

##### **4.1 Ausstellungen des Landesbeauftragten**

Auch im Berichtszeitraum 2007 nutzte der Landesbeauftragte drei Wanderausstellungen zur Verstärkung seiner Bemühungen um die historisch-politische Aufarbeitung. Die Ausstellungen behandeln folgende Themen: „Verurteilt am Demmlerplatz - Sowjetische Militärtribunale in Mecklenburg und Vorpommern“, „17. Juni 1953 in Mecklenburg und Vorpommern“, „Kommunistische Repression und Volksaufstände in Polen und der DDR in den 1950er Jahren“. Neben den auch 2007 gezeigten Ausstellungen über die Sowjetischen Militärtribunale in Mecklenburg-Vorpommern und die Ereignisse des 17. Juni 1953 in Mecklenburg-Vorpommern trat im Berichtszeitraum das Thema der Erinnerung an die Volksaufstände im Nachbarland Polen in den 50er Jahren in den Mittelpunkt des Interesses. Diese Ausstellung nimmt die Nachkriegsentwicklung der beiden ungleichen Nachbarn Polen und DDR bis Ende der 50er Jahre vergleichend in den Blick. Sie lädt dazu ein, den Diskurs über die Ursachen gemeinsamer und unterschiedlicher Entwicklungen zu befördern. Eine Reihe von historischen Dokumenten und Fotos werden erstmals der Öffentlichkeit präsentiert. Allein diese Ausstellung wurde im Jahr 2007 an elf verschiedenen Orten gezeigt.

##### **„Kommunistische Repression und Volksaufstände in Polen und der DDR in den 1950er-Jahren“**

<b>Ausstellungstermine</b>	<b>Orte</b>
01.01.-15.01.2007	Rostock, Kröpeliner Tor
17.01.-01.04.2007	Frankfurt/Oder, BStU Gedenk- und Dokumentationsstelle
02.04.-23.04.2007	Slubice/Polen, Collegium Polonicum
24.04.-24.05.2007	Pasewalk, Kulturforum „Historisches U“
16.06.-02.07.2007	Görlitz, Landgericht
03.07.-20.07.2007	Görlitz, Augustum-Annen-Gymnasium
03.08.-21.08.2007	Krakow am See, Heimatmuseum
22.08.-05.09.2007	Putbus, Rathaus
06.09.-14.10.2007	Barth, Kulturhaus
15.10.-18.11.2007	Wolgast, Historisches Rathaus
19.11.-15.12.2007	Penzlin, Rathaus

#### 4.2 Veranstaltungen des Landesbeauftragten 2007

Die folgende Übersicht enthält eine Aufstellung der Veranstaltungen und Vorträge im Rahmen der allgemeinen Öffentlichkeitsarbeit und der politischen Bildung.

Datum	Ort	Kooperationspartner	Art der Veranstaltung	Titel
10.01.07	Rostock	Geschichtswerkstatt Rostock und IGS Baltic-Schule	Ausstellungsführung und Diskussion	Volksaufstände in der DDR und in Polen in den 1950er-Jahren
11.01.07	Rostock	Geschichtswerkstatt Rostock und IGS Krusensternschule	Ausstellungsführungen und Diskussion	Kommunistische Repressionen und Widerstände in Polen und der DDR
11.01.07	Insel Vilm	CDU-Landtagsfraktion	Vortrag und Diskussion	Zukunft der politischen Bildung in M-V
12.01.07	Rostock	Geschichtswerkstatt Rostock und Gesamtschule „Hundertwasser“	Ausstellungsführungen und Diskussion	Polen 1956- DDR 1953: Ereignisse und Folgen im Vergleich
17.01.07	Frankfurt/ Oder	BStU-Außenstelle Frankfurt/Oder	Ausstellungseröffnung/Vortrag	Der Posener Aufstand 1956 in Beziehung zur DDR
24.01.07	Stralsund	Rotary-Club Stralsund	Vortrag und Diskussion	Stasi-Aufarbeitung als gesellschaftliches Problem
25.01.07	Schwerin	Gymnasium Fridericianum	Projekttag (Vortrag, Film, Gespräch)	MfS, DDR-Unrecht, Aufarbeitung
26.01.07	Wismar	Berufsschulzentrum Nord	Unterrichtseinheiten	MfS, politische Verfolgung: Fallbeispiele
21.02.07	Dreilützow	Schullandheim Dreilützow	Grundkurs Politik und Geschichte Deutschlands/ Seminar	Offenlegung der Stasi-Unterlagen als Prozess der Selbstreinigung
27.02.07	Crivitz	Regionale Schule	Unterrichtseinheiten	Das MfS
28.02.07	Schwerin	„Jour fixe“	Vortrag und Diskussion	Das novellierte Stasi-Unterlagengesetz - Veränderungen für Forschung, Medien und Überprüfungen
02.03.07	Crivitz	Regionale Schule	Unterrichtseinheiten	Das MfS
03.03.07	Greifswald	Evangelische Akademie M-V	Tagung/Vortrag	15 Jahre Stasi-Unterlagen-Gesetz aus der Sicht der Opfer
12.03.07	Röbel	Politische Memoriale e.V. u. a.	Runder Tisch/Gesprächsforum	Historisch-politische Bildungsarbeit in M-V
13.03.07	Schwerin	„Jour fixe“	Reisebericht/Vortrag und Diskussion	Ungarn 50 Jahre nach der niedergeschlagenen Revolution
16.03.07	Schwerin	NDR	Vortrag und Diskussion	Arbeit des LStU Medien und Stasi-Akten
20.03.07	Schwerin	Konrad-Adenauer-Stiftung und Stiftung Aufarbeitung	Film und Podiumsdiskussion	Neonazis in der DDR-Ursachen und Lehren
21.03.07	Friedland	Kooperative Gesamtschule	Unterrichtseinheiten	Struktur und Arbeitsweise des MfS

Datum	Ort	Kooperationspartner	Art der Veranstaltung	Titel
21.03.07- 22.03.07	Stettin	Institut des Nationalen Gedenkens (IPN) Stettin, Staatsanwälte aus Polen und M-V	Arbeitsgespräch	Aufarbeitung kommunistischen Unrechts in der DDR und in Polen
22.03.07	Friedland	Kooperative Gesamtschule	Unterrichtseinheiten	Das MfS
23.03.07	Glaisin	Mecklenburg-America-Australia Genealogische Gesellschaft e.V.	Vortrag und Gespräch	Stasi contra Familie - Politische Verfolgung in der DDR und ihre Aufarbeitung als Thema zwischen den Generationen
26.03.07	Kühlungsborn	CDU-Kreisverband Bad Doberan	Vortrag und Gespräch	Bedeutung des offenen Umgangs mit den Stasi-Unterlagen
28.03.07	Schwerin	Friedrich-Ebert-Stiftung	Vortrag und Diskussion	„Frauenrechte - Menschenrechte“ - Frauen im Umfeld des Leningrader Dissidentenmilieus
29.03.07	Rostock	Heinrich-Böll-Stiftung MV und Universität Rostock	Tagung/Workshop	Demokratie und Demokratieerziehung: DDR-Aufarbeitung
02.04.07	Slubice/Polen	BStU Frankfurt/Oder und Collegium Polonicum	Ausstellungseröffnung/Vortrag	Polen und die DDR in den 1950-er Jahren: ein Vergleich
13.04.07	Neuhaus	Amt Neuhaus - Verein	Vortrag und Diskussion	Politisches Unrecht in M-V zwischen 1945 und 1955
16.04.07	Berlin-Hohen-schönhausen	Gedenkstätte Hohenschönhausen, Bildungsminister M-V, Landesverband der Opfer des Stalinismus in M-V	Zeitzeugen-Führung und Gespräch mit dem Leiter der Gedenkstätte	Perspektiven der Aufarbeitung der DDR-Geschichte im schulischen Bereich
17.04.07	Schwerin	BStU Schwerin	Lesung und Diskussion	Henry Leide: „NS-Verbrecher und Staatssicherheit“
19.04.07	Neubrandenburg	BStU Neubrandenburg und Ev.-Luth. Kirchgemeinde St. Johannis Neubrandenburg	Vortrag mit Zeitzeugengespräch	„Zermürben und Zersetzen“ - Strategien gegen Andersdenkende in der SED-Diktatur
20.04.07	Schwerin	Gymnasium Fridericianum	Vortrag	Das MfS
24.04.07	Ribnitz-Damgarten	Wossidlo-Gymnasium	Ausstellungseröffnung/Gespräch	Sowjetische Militärtribunale in M-V
24.04.07	Pasewalk	Stadt Pasewalk	Ausstellungseröffnung/Vortrag	Kommunistische Repression und Volksaufstände in Polen und der DDR
26.04.07	Pasewalk	Berufliche Schule des Landkreises Uecker-Randow	Ausstellungsführungen und Diskussion	Die Volksaufstände: DDR 1953 - Polen 1956
27.04.07	Pasewalk	Berufliche Schule des Landkreises Uecker-Randow	Ausstellungsführungen und Diskussion	17. Juni 1953 in der DDR - 28. Juni 1956 in Posen
27.04.07	Pasewalk	Volkshochschule	Vortrag und Gespräch	Widerstand gegen kommunistische Repressionen in Polen und der DDR
29.04.07	Neubrandenburg	AG Fünfeichen	Festveranstaltung: Grußwort	Das Speziallager Nr. 9 des NKWD/Kriegsgefangenenlager-Übergabe eines mehrteiligen Modells
02.05.07	Schwerin	Gymnasium Fridericianum und Schweriner Volkszeitung	Filmvorführung/Diskussion	Meinungsfreiheit
11.05.07	Kühlungsborn	Grenzturm e.V.	Vortrag und Gespräch	Kooperation zwischen Stasi und Grenzbrigade Küste an der DDR-Ostseegrenze

Datum	Ort	Kooperationspartner	Art der Veranstaltung	Titel
16.05.07	Pasewalk	Oscar-Picht-Gymnasium Pasewalk und Berufliche Schule des Landkreises Uecker-Randow	Vorträge und Diskussion	Volksaufstände in Polen und der DDR in den 1950er-Jahren
21.05.07	Neubrandenburg	BStU Neubrandenburg, Mecklenburgische Literaturgesellschaft und Webasto AG	Buchlesung und Diskussion	Viola Kühn: „Der Traum vom Glück“
30.05.07	Schwerin	„Jour fixe“	Buchlesung und Diskussion	Frank Hirschinger: Fälschung und Instrumentalisierung antifaschistischer Biographien
31.05.07	Neubrandenburg	Kino Latücht Neubrandenburg	Eröffnungsveranstaltung: Filme und Gespräch	„Deutsch-deutsche Filmwelten“
07.06.07-08.06.07	Kühlungsborn	Bundesregierung und „Grenzturm e.V.“	Rahmenprogramm für Journalisten zum G8-Gipfel	Ostsee-Grenzturm: Zeitzeuge des kalten Krieges und des Mauerbaus
09.06.07	Vockfey	Föderative Vereinigung der Zwangsausgesiedelten e.V.	Heimattreffen/Gedenkveranstaltung: Grußwort	55 Jahre nach der Zwangsausiedlung Vockfey
11.06.07	Schwerin	Bildungsministerium	Ausstellungseröffnung mit Einführung	Der 17. Juni 1953: Arbeitsniederlegungen, Proteste und Unruhen im Norden der DDR
15.06.07	Stralsund	Bürgerbüro Stralsund	Rede und Kranzniederlegung	Gedenken an den 17. Juni 1953
16.06.07	Görlitz	Landgericht Görlitz	Ausstellungseröffnung/Vortrag	Volksaufstände in Polen und der DDR in den 1950er Jahren
15.06.07-17.06.07	Görlitz	Landesbeauftragte und Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur	11. Bundesweiter Kongress	Widerstand gegen den Kommunismus - Teil der europäischen Freiheitsbewegungen
19.06.07	Neubrandenburg	Sportgymnasium und BStU Neubrandenburg	Vortrag und Diskussion	Einflussnahme des MfS auf den Sport in M-V
19.06.07	Neubrandenburg	Kino Latücht und BStU Neubrandenburg	Film und Zeitzeugengespräch	Katharina Bullin - „... und ich dachte, ich wäre die Größte“
03.07.07	Görlitz	Augustum-Annengymnasium	Ausstellungseröffnung/Vortrag	Volksaufstand in Polen 1956 in Beziehung zum 17. Juni 1953 in der DDR
04.07.07	Rostock	Universität Rostock	Seminar	„Wir sind ein Volk“: Die deutsch-deutsche Wiedervereinigung
04.07.07	Schwerin	Paulsgemeinde, Seniorenkreis	Information und Gespräch	Arbeit des Landesbeauftragten
05.-06.07.07	Malchow	Malchower Kreis ehemaliger Sachsenhausen-Häftlinge	Grußwort, Begegnung und Gespräche	Unrecht 1945-1955/die Malchower Schüler-/Opferrente
03.08.07	Krakow	Stadt Krakow am See	Ausstellungseröffnung/Vortrag	Polen und die DDR in den 1950er-Jahren
15.08.07	Kühlungsborn	NDR	Open-Air-Veranstaltung: Interview für Sendung	Menschen und Schicksale
18.08.07	Krakow	Stadt Krakow am See	Ausstellungsführung und Gespräch	Polen 1956: Vergleich zu den Ereignissen um den 17. Juni 1953 in der DDR
22.08.07	Putbus	Stadt Putbus	Ausstellungseröffnung/Vortrag	Die DDR und Polen in den 1950er-Jahren: Volksaufstände, Hintergründe, Folgen

Datum	Ort	Kooperationspartner	Art der Veranstaltung	Titel
22.08.07	Bernau	Frauenkreis der ehemaligen Hoheneckerinnen, BStU Frankfurt/Oder u.a.	Vortrag und Diskussion	„Auftrag zum Heucheln“ DDR-Jugend und Staats-Sicherheit
25.08.07	Sachsenhausen	AG Lager Sachsenhausen	Festvortrag	
01.09.07	Görslow	BStU Schwerin	Beratung und Gespräche	Tag der offenen Tür
04.09.07	Neustrelitz	Gymnasium Carolinum	International Summerschool: Vorlesungen und Seminare	Zur Geschichte des Verrats
06.09.07	Barth	Stadt Barth	Ausstellungseröffnung/Vortrag	Volksaufstände in Polen und der DDR in den 1950er-Jahren
09.09.07	Neustrelitz	Dr. Michael Körner, MdL	Führungen und Podiums-gespräch	Stasigefängnis Töpferstraße - Ein vergessener Ort in Neustrelitz?
18.09.07	Schwerin	„Jour fixe“	Vortrag und Gespräch	Der Gerechtigkeitsaus-schuss in Rostock 1989 bis 1994
24.09.07	Schwerin	Bildungsministerium und Jürgen Ritter, Fotograf	Ausstellungseröffnung	„Die Grenze - Ein deutsches Bauwerk“
26.09.07	Schwerin	Montessori-Schule	Projekttag	Was ist Freiheit? Deutsche Geschichte vom Mauerbau bis zum Fall der Mauer
28.09.07	Schwerin	Landeszentrale für politische Bildung M-V	Ausstellungseröffnung/Vortrag und Gespräch	„Der Mut der Wenigen. Protest-Repression-Solidarität. Folgen einer Ausbürgerung“
29.09.07	Neubrandenburg	AG Fünfeichen	Vortrag/Gespräch/Diskussion	Gesetz über die „Opfer-rente“
02.10.07- 03.10.07	Schwerin	Konferenz der Landesbeauf-tragten	Bürgerfest: Infostand und Büchertisch	DDR-Stasi, Arbeit der Landesbeauftragten
05.10.07	Stade	Arbeitskreis ehemaliger politischer Häftlinge in der früheren DDR	Vortrag	Arbeit des Landesbeauf-tragten
09.10.07	Kühlungsborn	VERS (Verband ehemaliger Rostocker Studenten)	Grußwort und Gespräche	Herbsttagung
15.10.07	Wolgast	Stadt Wolgast	Ausstellungseröffnung/Vortrag	Volksaufstände in Polen und der DDR in den 1950er-Jahren
16.10.07	Schwerin	B.-Brecht-Schule	Film und Gespräch	Die innerdeutsche Grenze
17.10.07	Schwerin	Politische Memoriale e.V.	Erfahrungsaustausch	Arbeit mit dem „Geschichtskoffer“
17.10.07	Schwerin	Fr.-Franz-Gymnasium Parchim	Vortrag, Gruppenarbeit, Gespräch	DDR-Geschichte, MfS
15.10.07- 17.10.07	Bützow	Politische Memoriale und Friedrich-Ebert-Stiftung	Tagung und Gesprächsforum/ Bützower Häftlingstreffen	„Erinnerungen erzählen - miteinander reden“
18.10.07	Stettin	IPN, Nordkurier	Festveranstaltung	Verleihung Bundesver-dienstkreuz an Dr. Woycicki
19.10.07	Schwerin	Landeszentrale für politische Bildung M-V	Lesung/Gedenkveranstaltung	Aus dem literarischen Schaffen von Walter Kempowski
24.10.07	Schwerin	NDR Landesfunkhaus M-V	Seminar/Gespräch	Arbeit des Landesbeauf-tragten
06.11.07	Schwerin	Politische Memoriale e.V., Berufliche Schule Technik	Berufsschullehrerfortbildung	Unterrichtsmaterial zur DDR-Geschichte
09.11.07	Wolgast	Berufliche Schule des Landkreises Ostvorpommern	Vortrag, Diskussion	Vertreibung von Deutschen und Polen, Nachkriegsentwicklung in beiden Ländern

Datum	Ort	Kooperationspartner	Art der Veranstaltung	Titel
10.11.07	Konau/Amt Neuhaus	Förderverein Konau e.V.	Ausstellungseröffnung/Grußwort	Zwangsaussiedlungen an der innerdeutschen Grenze
12.11.07	Neustrelitz	BStU Neubrandenburg, Interkunst e.V., Konrad-Adenauer-Stiftung	Theateraufführung und Gespräch	Macht das Tor auf - Das Leben des Michael Gartenschläger
13.11.07	Neubrandenburg	BStU Neubrandenburg, Interkunst e.V., Konrad-Adenauer-Stiftung	Theateraufführung und Gespräch	Macht das Tor auf - Das Leben des Michael Gartenschläger
14.11.07	Friedland	BStU Neubrandenburg, Interkunst e.V., Konrad-Adenauer-Stiftung	Theateraufführung und Gespräch	Macht das Tor auf - Das Leben des Michael Gartenschläger
19.11.07	Penzlin	Stadt Penzlin	Ausstellungseröffnung/Vortrag	Volksaufstände in Polen und der DDR in den 1950er-Jahren
20.11.07	Dömitz	Gymnasium Schulzentrum „Fritz Reuter“	Vortrag, Gruppenarbeit, Diskussion	MfS - Jugend und Staatssicherheit
22.11.07	Hamburg	CDU-Kreisverband Hamburg Altona/ Elbvororte	Vortrag und Diskussion	DDR-Aufarbeitung - heute noch ein Thema?
10.12.07	Greifswald	Freie Waldorf-Schule Greifswald	Lesung und Diskussion	Roman Grafe: „Deutsche Gerechtigkeit“
10.12.07	Schwerin	Volkshochschule	Film und Diskussion	„Eingeschlossen, abgeriegelt ...“ - Die Grenze durch Deutschland
11.12.07	Schwerin	Gymnasium Fridericianum	Lesung und Diskussion	Roman Grafe: „Deutsche Gerechtigkeit“- Gerichtsprozesse gegen DDR-Grenzschilder
20.12.07	Schwerin	Berufliche Schule Hagenow	Vortrag, Kurzfilm, Diskussion	Struktur und Arbeitsweise des MfS

#### 4.3 Ehemalige MfS - U-Haftanstalt Neustrelitz Töpferstraße

Die seit 2006 existierende Arbeitsgruppe zur Entwicklung dieses Gedenkortes hat auch 2007 intensiv gearbeitet. Der Landesbeauftragte ist Mitglied dieser AG.

Im Vordergrund der Arbeit standen die weitere bauliche Sicherung des Gebäudes, die Erforschung seiner Geschichte und die Entwicklung eines Raumkonzeptes für die künftige Ausstellungsetage. Hinsichtlich der baulichen Planungen wurden mit dem Justizministerium und dem Betrieb für Bau und Liegenschaften Absprachen und Planungen vorgenommen.

Die Liste der Zeitzeugen und Gesprächspartner, die über ihre Erfahrungen in und mit diesem Gebäude berichten konnten, wurde erweitert.

Gleichzeitig wurde mit der Erarbeitung eines Filmes über den historischen Ort begonnen, der künftig Besuchern dort gezeigt werden soll.

Der Projektkurs des Gymnasium Carolinum Neustrelitz erarbeitete eine Raumnutzungskonzeption unter Berücksichtigung denkmalrelevanter Fragestellungen und stellte diese am „Tag des offenen Denkmals“ öffentlich vor.

#### **4.4 Projekt „Deutsch-deutsche Filmwelten“ in Neubrandenburg**

Mit Unterstützung des Landesbeauftragten konnte 2007 im kommunalen Kino Latücht in Neubrandenburg der erste Teil des Projektes „Deutsch-deutsche Filmwelten“ umgesetzt werden. Dieses in besonderer Weise auf die Geschichte der deutschen Teilung nach 1945 ausgerichtete Bildungsprojekt war in seinen Einzelveranstaltungen mit hochkarätigen Gästen besetzt und vermittelte einen besonderen Einblick in die parallele deutsch-deutsche Geschichte in der Phase des kalten Krieges. Das Medium Film bot hier eine besonders gute Möglichkeit, um politische Grundlagenbildung zu dieser Zeit zu vermitteln und mit Interessierten dazu ins Gespräch zu kommen. Das Konzept dieses Projektes ist überzeugend: an einem Filmabend werden nacheinander zwei Filme gezeigt, die zu etwa gleicher Zeit in der DDR und in der BRD entstanden sind. Danach wurde über beide Filme und die persönlichen Erinnerungen der Gäste diskutiert.

#### **4.5 Projekt „Neugestaltung der Gedenkstätte am Elbberg“ in Boizenburg**

Nachdem bereits 2006 gemeinsam mit der Stadt Boizenburg und der Arbeitsgemeinschaft Gedenkstätten des Landkreises Ludwigslust mit der Entwicklung eines neuen Konzeptes für diese Gedenkstätte begonnen worden war, konnte 2007 mit der Umsetzung des Konzeptes begonnen werden. Der Landesbeauftragte nahm an mehreren Veranstaltungen teil, bei denen das neue Konzept debattiert und die Finanzierung der Neuausrichtung der Ausstellung besprochen und beschlossen wurde. Die bauliche Umsetzung soll 2008 weiter umgesetzt werden. Dabei wird es darauf ankommen, das Erinnern an die Zeit der Zwangsarbeit unter nationalsozialistischer Herrschaft und die Erinnerung an den DDR-Grenzübergang an der Transitstrecke und damit das Thema DDR-Grenze in angemessener Form getrennt und dennoch am gleichen Ort zu präsentieren. Das neue Konzept erfüllt alle Erwartungen der Gedenkstättenfachleute an dieses schwierige Thema.

#### **4.6 „Grenzturm Kühlungsborn“**

In Kühlungsborn wurde der dort sehr aktive „Grenzturm-Verein“ auch 2007 vom Landesbeauftragten in seiner Arbeit unterstützt. In Vorbereitung der im Sommer 2007 durch den G8-Gipfel bevorstehenden Gästezahlen und dem öffentlichen Interesse an dem ehemaligen Grenzturm der DDR zur Sicherung der Seegrenze wurde die Ausstellung überarbeitet und Informationsmaterial erstellt. Tatsächlich wurde der Grenzturm dann auch von vielen Interessierten besucht. Mitglieder des Vereins und Mitarbeiter der Behörde des Landesbeauftragten führten Veranstaltungen durch.

#### **4.7 Gedenkstätte zu Ostseeflüchten in Stralsund**

Seit vielen Jahren betreibt der Verein „Über die Ostsee in die Freiheit“ e.V. eine auch vom Landesbeauftragten geförderte Wanderausstellung, in der mit etlichen Exponaten und vielen wissenschaftlichen Hintergrundinformationen über die Flucht tausender DDR-Bürger über die Ostseegrenze der ehemaligen DDR und über das damalige Grenzregime informiert wird.

Diese Ausstellung soll ab 2008/2009 einen festen Platz im Land Mecklenburg-Vorpommern finden. Gemeinsam mit dem Verein und Vertretern der Hansestadt Stralsund wurden 2007 erste Gespräche zur Festansiedlung dieser Ausstellung an einem wassernahen Standort in der Hansestadt geführt. Dieses Vorhaben, das sich bundesweit durch sein besonderes inhaltliches Alleinstellungsmerkmal auszeichnet, sollte 2008 unbedingt weiter entwickelt und dann umgesetzt werden. Das Land Mecklenburg-Vorpommern könnte damit einen weiteren wichtigen Erinnerungsort zur Auseinandersetzung mit der jüngeren Geschichte und der Realität der deutschen Teilung schaffen.

#### **4.8 Geschichtskoffer: DDR-Lebensläufe aus Mecklenburg-Vorpommern**

In Zusammenarbeit mit dem Landesbeauftragten und der Bundesstiftung Aufarbeitung der SED-Diktatur erarbeitete der Verein Politische Memoriale e.V. Mecklenburg-Vorpommern ein Unterrichtsmaterial, das als Geschichtskoffer zu „DDR-Lebensläufen in Mecklenburg-Vorpommern“ im Rahmen von Unterricht und Projekten in Schulen, aber auch in der außerschulischen Bildung bei Jugendlichen das Interesse an der Auseinandersetzung mit DDR-Geschichte wecken und über dieses Interesse notwendiges Wissen vermitteln soll.

Anhand der Materialien und Objekte des Koffers sollen die Jugendlichen in der eigenständigen Auseinandersetzung mit Einzelschicksalen und Entscheidungssituationen von Jugendlichen aus Mecklenburg-Vorpommern in verschiedenen geschichtlichen Phasen der DDR die individuellen Handlungsoptionen der Protagonisten herausarbeiten und in der Übertragung der Erkenntnisse auf die gegenwärtige Situation für autoritäre Haltungen sensibilisiert und für demokratische Werte gewonnen werden. Der Landesbeauftragte war dabei behilflich, Kontakte mit Zeitzeugen für die biographischen Interviews herzustellen.

Das Material wurde in Workshops mit Schülern und einem Seminar mit Studenten der Politikwissenschaft erprobt und überarbeitet. Das Konzept des Geschichtskoffers fand auf einer bundesweiten Fachtagung zur Geschichtsdidaktik an der FU Berlin beim Fachpublikum große Zustimmung. Ausgeliehen werden kann der Geschichtskoffer beim Verein Politische Memoriale e. V. Mecklenburg-Vorpommern.

#### **4.9 Elfter Kongress der Landesbeauftragten und der Stiftung Aufarbeitung**

Der jährlich stattfindende bundesweite Kongress der Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen und der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur mit den Verfolgtenverbänden und Aufarbeitungsinitiativen fand vom 15. bis 17. Juni 2007 in Görlitz statt. Das Kongressthema „Widerstand gegen den Kommunismus. Teil der europäischen Freiheitsbewegungen“ stellte bewusst die Debatte über den Umgang mit der deutschen Diktaturvergangenheit in einen europäischen Kontext. Im Hauptvortrag setzte sich Dr. Kazimierz Wóycicki, Direktor der Außenstelle Stettin des Institutes für Nationales Gedenken (IPN), mit dem Zusammenhang von Vergangenheitsbewältigung und Freiheit auseinander. Die Erfahrungen der osteuropäischen und ostmitteleuropäischen Demokratie- und Freiheitsbestrebungen wurden thematisiert und der Begriff der Erinnerungskultur kritisch hinterfragt. Ebenso wurde der Volksaufstand vom 17. Juni 1953 in der DDR im Zusammenhang mit der Wirkungsgeschichte der Revolten in anderen Ländern des kommunistischen Herrschaftsgebiets diskutiert und mit einer Gedenkveranstaltung am Tagungsort Görlitz als eines der Zentren des Aufstands gewürdigt. Eine aktuelle Diskussion beschäftigte sich mit den Initiativen für ein 3. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz, vor allem mit den Regelungen für eine Ehrenpension oder Opferrente.

#### **4.10 Großes Bürgerfest zum Tag der Deutschen Einheit in Schwerin**

Der Landesbeauftragte für Mecklenburg-Vorpommern vertrat auf dem mit etwa 250.000 Besuchern außerordentlich erfolgreichen Bürgerfest im Rahmen der zentralen Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit in Schwerin die Konferenz der Landesbeauftragten. In einem Pavillon auf der Werderstraße konnten sich die zahlreichen Gäste am 2. Oktober von 15 Uhr bis 20 Uhr und am 3. Oktober von 11 Uhr bis 20 Uhr über die Arbeit und die Aufgaben der Landesbeauftragten informieren. Mit einem Quiz zu Fragen aus der Geschichte von DDR und Staatssicherheitsdienst wurden viele Besucher zu Diskussionen über die Diktaturvergangenheit angeregt. Mit Erstaunen reagierten beispielsweise viele Teilnehmer bei der Quiz-Auswertung auf die Tatsache, dass in der DDR die Todesstrafe erst 1987 in Vorbereitung des Honecker-Besuchs in der Bundesrepublik abgeschafft wurde. Die Mitarbeiter berieten zu Fragen der Rehabilitierung und insbesondere der neuen gesetzlichen Regelungen für die Besondere Zuwendung (Opferrente) und nahmen Anträge auf Einsicht in die Stasi-Akten entgegen. Mit großem Interesse wurden auch die auf dem Büchertisch ausgelegten Publikationen der Landesbeauftragten aufgenommen.

#### **4.11 Häftlingstreffen in Bützow**

Als fester Termin in der Jahresplanung hat sich für viele ehemalige politische Häftlinge das Treffen in Bützow etabliert. Vom 15. bis zum 17. Oktober 2007 wurde nun schon zum fünften Mal durch die Veranstalter dazu eingeladen. Der Verein Politische Memoriale e.V., die Friedrich-Ebert-Stiftung und der Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen stellten das diesjährige Treffen unter das Thema „Erinnerungen erzählen und miteinander reden“. Das Treffen diene der Erinnerung an die Schicksale der in Bützow zwischen 1948/49 und 1989 inhaftierten politischen Gefangenen. Zugleich ist die Veranstaltung auch ein Gesprächsforum zur Auseinandersetzung mit der DDR-Vergangenheit für Menschen aus unterschiedlichen Generationen und mit verschiedenen DDR-Erfahrungen. Es soll ein Zeichen gegen das Vergessen gesetzt und zugleich die demokratischen Werte in unserer Gesellschaft gestärkt werden. Bei dem diesjährigen Treffen ging es um die Frage: wie erzählen Menschen über ihre Erfahrungen von Verfolgung und Inhaftierung? Dabei ging es auch um die Möglichkeiten der Kunst.

Eingeladen waren zum Treffen der Liedermacher Ingo Barz, der unter dem Motto: „... und manchmal möchte ich traurig sein“ zu musikalischen Reflexionen einlud. Ehemalige politische Häftlinge berichteten von ihren Versuchen, Erlebtes in Texten und Zeichnungen zu verarbeiten. Über die Möglichkeiten, die das Theater bietet, berichtete Til Dellers am Beispiel seiner Inszenierung „Macht das Tor auf“, ein Theaterstück, das vom Schicksal Michael Gartenschlägers handelt.

### **5. Zusammenarbeit**

#### **5.1 Konferenz der Landesbeauftragten**

Die Konferenz tagte 2007 routinemäßig einmal im Monat. Insbesondere die Umsetzung der „Opferrente“ in den Ländern war dabei das bestimmende Thema. Außerdem bereitete die Konferenz den 11. Bundeskongress der Opferverbände und Aufarbeitungsinitiativen vor, der im Juni in Görlitz stattfand.

Fragen der gesamtdeutschen Erinnerungskultur, der künftigen Struktur der „Birthler-Behörde“ sowie Fragen der Berliner Gedenkstättenentwicklung in Auswirkung des so genannten „Sabrow-Papiers“ standen ebenfalls im Mittelpunkt des Gedankenaustausches der Konferenzen der Landesbeauftragten, an denen jeweils auch ein Vertreter der Stiftung Aufarbeitung teilnahm.

Die vom Berliner Landesbeauftragten im Auftrag der Konferenz durchgeführten Fortbildungsveranstaltungen für Berater fanden auch 2007 regelmäßig statt.

Gerade in der Planung und Auswertung der Beratungstätigkeit durch die Landesbeauftragtenkonferenz wird das Fehlen eines Landesbeauftragten im Bundesland Brandenburg bedauert.

## **5.2 Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen**

Themen wie die Reduzierung der Mitarbeiterzahl der Bundesbehörde, der Umgang mit ehemaligen hauptamtlichen MfS-Mitarbeitern oder sogenannten systemnahen Personen innerhalb der BStU oder die geplante organisatorische Umstrukturierung wurden auch 2007 öffentlich und kontrovers debattiert. Diese Themen boten zum Teil Anlass zu Gesprächen, die von Seiten der Konferenz der Landesbeauftragten mit der Bundesbeauftragten oder von den einzelnen Landesbeauftragten mit den Leitern der Außenstellen im Berichtszeitraum geführt wurden.

Letztlich waren diese Debatten so aber nur möglich, weil ein umfassendes Konzept des Bundes hinsichtlich der künftigen Aufbewahrungsorte der Akten, der dafür notwendigen Aufarbeitungsinstitutionen sowie der Zukunft der Gedenkorte bisher nicht vorlag. Der Beauftragte für Kultur und Medien hat dieses Konzept für 2008 angekündigt.

### **Außenstellen Rostock, Schwerin und Neubrandenburg der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen**

Die Zusammenarbeit erstreckte sich im Berichtszeitraum vorrangig auf das Gebiet der Bürgerberatung. Fragen der Akteneinsicht bei Betroffenen und komplizierte Rehabilitierungsverfahren wurden erörtert. Mit den Außenstellen Schwerin und Neubrandenburg wurden gemeinsame öffentliche Veranstaltungen durchgeführt.

## **5.3 Beiratsmitglied des Landes im Beirat der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen**

Auch 2007 fanden zwischen dem gewählten Beiratsmitglied des Landes Mecklenburg-Vorpommern und dem Landesbeauftragten regelmäßige Treffen statt. Dabei ging es inhaltlich insbesondere um die unter 5.1. näher beschriebenen Themen zur Zukunft der BStU.

## **5.4 Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Berlin**

Kontinuierlich und verlässlich stellte sich im Berichtszeitraum auch die Zusammenarbeit mit der Stiftung Aufarbeitung dar. Von der Unterstützung des Landesbeauftragten durch die Stiftung in Form von Bereitstellung zusätzlicher Finanzmittel im Rahmen der Beratungs-offensive wurde bereits berichtet.

## 5.5 Landeszentrale für politische Bildung

Über die erheblichen Defizite in der Zusammenarbeit zwischen Landeszentrale für politische Bildung und der Behörde des Landesbeauftragten wurde in den vergangenen Jahren berichtet. Mit der unter 1. und 2. beschriebenen Neuordnung der politischen Bildung und der Überleitung beider Einrichtungen in das Bildungsministerium sowie der personellen Neubesetzung der Leitung der Landeszentrale wurden neue Voraussetzungen für eine Zusammenarbeit geschaffen.

Ab Herbst 2007 haben sich die Leiter beider Behörden in ihrer Arbeit sowohl inhaltlich als auch organisatorisch eng abgestimmt.

Dies wird sich perspektivisch auch auf die Zusammenarbeit mit den Dokumentationszentren für die Opfer der Diktaturen in Deutschland mit seinen Standorten Schwerin und Rostock auswirken.

Bei der problematischen Struktur des Dokumentationszentrums Rostock, das sich weiterhin in Trägerschaft des Landes befindet aber von den Mitarbeitern der Bundesbeauftragten betrieben wird, hat sich im Berichtszeitraum nichts verändert. Dieser Gedenk- und Erinnerungsort ist inzwischen zu einem Besuchermagneten auch für internationale Gäste des Landes und der Stadt Rostock geworden. Entsprechend viel Personal wird durch die Außenstelle Rostock hier gebunden, das für andere gesetzliche Aufgaben der Außenstelle fehlt. An einer Lösung, die einen baldigen Umzug der Außenstelle Rostock-Waldeck aus seiner dezentralen Lage in Waldeck in eine der freien Liegenschaften neben dem Dokumentationszentrum vorsieht, sollte verstärkt gearbeitet und die Außenstelle endgültig mit dem Betrieb dieser Gedenkstätte beauftragt werden. Land und Bund sollten dazu zeitnah eine Vereinbarung treffen.

Im Tätigkeitsbericht 2006 wurde kritisiert, dass der vom Landtag eingerichtete Beirat für die Dokumentationszentren im gesamten Jahr nicht einberufen wurde, obwohl dies dringend erforderlich gewesen wäre. Im Jahr 2007 wurde mit einer Neuaufstellung des Beirates begonnen, einberufen wurde er jedoch im gesamten Jahr wiederum nicht.

## 5.6 Opferverbände und Aufarbeitungsinitiativen

Regelmäßig tagte die Verbänderunde auch 2007 im Saal der Dienststelle des Landesbeauftragten. Selbstverständlich waren die Begleitung des Gesetzgebungsverfahrens zur Opferrente sowie dessen praktische Umsetzung Hauptthemen. Im Dezember 2007 hatte die Justizministerin die Vertreter der Verbände zu einer Krisensitzung eingeladen, nachdem Zeitungen über die zögerliche Bearbeitung der Anträge in Mecklenburg-Vorpommern berichtet hatten. Diese Besprechung führte zu einer deutlichen Verbesserung der Antragsbearbeitung, gab aber den Betroffenen auch einen Eindruck in die Komplexität der Materie, die hier im Einzelfall zu entscheiden ist.

Am Bundeskongress der Opferverbände und Aufarbeitungsinitiativen in Görlitz nahmen im Juni 2007 aus den Reihen der Opferverbände wieder etwa 20 Personen teil und erlebten ein interessantes Programm.

Hervorgehoben werden soll an dieser Stelle erneut auch die enge Zusammenarbeit mit dem Verein „Politische Memoriale e. V.“, der nicht nur als Antragsteller, sondern auch als beratende Institution in Gedenkstättenfragen für den Landesbeauftragten im Jahr 2007 ein zuverlässiger Kooperationspartner war.

Der Landesbeauftragte nahm an zahlreichen Sonderveranstaltungen und Tagungen der Opferverbände und Aufarbeitungsinitiativen als Redner oder als Gast teil. So hielt der Landesbeauftragte im August 2007 den Festvortrag auf der jährlichen Gedenkfeier für die Opfer des NKWD-Speziallagers Sachsenhausen. Als regelmäßiger Gast nahm der Landesbeauftragte auch an der Jahrestagung der Gruppe der verfolgten Malchower Schüler im Juli 2007 und auf der Jahrestagung der Arbeitsgemeinschaft Fünfeichen im April 2007 mit Gedenkreden und Grußworten teil.